

Philipps-Universität Marburg
Fachbereich 06: Geschichte und Kulturwissenschaften
Institut für Neuere Geschichte
Proseminar: „1968“ – Die Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren
Leitung: Prof. Dr. Eckart Conze

Wandel durch Annäherung – Deutschlandpolitische Entwicklungslinien der 60er Jahre

Von
Matthäus Gerling
Kotthausen 1
34431 Marsberg
02963/327

Wintersemester 2005/2006

Englisch und Geschichte, LA an Gymnasien

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1. Einleitung..... | 3 |
| 2. Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik von 1949 bis 1963..... | 4 |
| 3. Wandel durch Annäherung – Egon Bahrs Konzept zu einer „Neuen Ostpolitik“..... | 7 |
| 4. Deutschlandpolitik von 1963 bis 1969..... | 10 |
| 4.1. Deutschlandpolitik der Regierung Erhard 1963 bis 1966..... | 10 |
| 4.2. Deutschlandpolitik der Großen Koalition von 1966 bis 1969..... | 11 |
| 5. Zusammenfassung..... | 14 |
| 6. Literaturverzeichnis..... | 15 |
| Versicherung..... | 16 |

1. Einleitung

Die vorliegende Proseminararbeit beschäftigt sich mit den deutschlandpolitischen Entwicklungslinien in den 1960er Jahren. Die 60er Jahre waren in vielerlei Hinsicht ein Jahrzehnt des Wandels, ob kulturell, gesellschaftlich oder politisch betrachtet. Diese Arbeit soll sich vornehmlich mit dem politischen Aspekt des Wandels befassen, insbesondere untersucht sie die Leitlinien der bundesdeutschen Politik gegenüber dem zweiten deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik. Beide Staaten befanden sich von 1949 – 1989 an der „Frontlinie“ des kalten Krieges und waren somit auch Schauplatz internationaler Politik zwischen den Supermächten Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika bzw. deren Militärbündnissen des Warschauer Paktes und der NATO.

Eine Hauptbedeutung der Arbeit kommt dem Konzept „Wandel durch Annäherung“ von SPD-Politiker Egon Bahr aus dem Jahre 1963 zu.¹ In seinen Ausführungen beschreibt Bahr eine Alternative zur bisherigen Ostpolitik der Ära Adenauer. Da die SPD jedoch erst im Jahr 1969 als führende Partei die Regierung bildete, möchte ich der Frage nachgehen, ob bzw. in wie weit Bahrs Konzept in der Regierung Erhard zwischen 1963 bis 1966 und der Großen Koalition unter der Führung des CDU-Kanzlers Kurt-Georg Kiesinger Einfluss auf die deutsche Ostpolitik nahm oder erst mit dem Einzug des SPD-Kanzlers Willy Brandt ins Bonner Kanzleramt zur Anwendung kam.

Die Literaturlage zum Thema „Deutschlandpolitik“ ist mehr als ergiebig. Dabei erstreckt sich der Publikationszeitraum der Literatur von den frühen 1980er Jahren (Peter Borowsky) bis hin zur Gegenwart (Manfred Görtemaker).

Die vorliegende Arbeit soll zunächst einen kurzen Überblick über die CDU-geprägte Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer geben, der als Hinführung zum Jahr 1963 dienen soll. Im dritten Teil wird dann die neue Leitlinie zur Deutschlandpolitik Egon Bahrs vorgestellt, die mit dem Titel „Wandel durch Annäherung“ eine Alternative zur Adenauer'schen Ostpolitik bietet. Darauf folgt die Untersuchung der Deutschlandpolitik der Regierungen Erhard und Kiesinger unter dem Aspekt der Anwendung von Bahrs Konzept. Im fünften und letzten Teil werden schließlich die gewonnenen Erkenntnisse zusammengetragen, ferner soll dieser Teil noch einen kurzen Ausblick auf den weiteren Hergang bundesdeutscher Ostpolitik geben.

¹ Bahr, Sicherheit, S. 11-17.

2. Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik von 1949 bis 1963

Vier Jahre nach der Kapitulation des deutschen Reiches und dem damit verbundenen Ende des 2. Weltkriegs in Europa wurde am 23. Mai 1949 auf dem Boden der französischen, britischen und US-amerikanischen Besatzungszonen durch die Unterzeichnung des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Knapp fünf Monate später wurde dann in der sowjetischen Besatzungszone der zweite deutsche Staat gegründet: Am 7. Oktober trat die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. Während sich durch die Staatsgründung der DDR nichts an der Abhängigkeit der ehemaligen SBZ von der Sowjetunion änderte, wird in der Bundesrepublik eine parlamentarische Demokratie installiert, die noch bis 1955 unter Aufsicht der Hohen Kommissare der drei Siegermächte steht. Aus den ersten Bundestagswahlen geht der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer als Bundeskanzler hervor und erhält somit die Möglichkeit, die Außen- und Deutschlandpolitik des jungen Staates zu bestimmen. Höchstes Ziel des 73-Jährigen Bundeskanzlers war die Wiedererlangung staatlicher Souveränität; zu erreichen versuchte er es durch Kooperation mit den Alliierten, um später im Idealfall gleichberechtigter Partner der USA und der westeuropäischen Staaten zu sein.²

Der erste Kanzler akzeptierte „die Machtlosigkeit der Deutschen infolge der bedingungslosen Kapitulation als Ausgangsbasis seiner Politik“ und sah als einzige Chance die Anbindung an den Westen, d.h. an die USA und ihre Verbündeten wie Frankreich oder Großbritannien, um nicht wie die DDR unter sowjetischen Machteinfluss zu geraten.³ Bereits am 31. Oktober 1949 gelang der erste Schritt Richtung Westintegration. Die Bundesrepublik Deutschland trat der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) bei. Aufgabe der OEEC war, „die Marshall-Plan-Gelder“⁴ zu verteilen, das gemeinsame Wiederaufbauprogramm zu koordinieren sowie den Zahlungsverkehr zu liberalisieren.“⁵ Der nächste Erfolg Adenauer'scher Außenpolitik bedeutete gleichermaßen zur Westintegration die ersten vorsichtigen Signale der Alliierten zu einer möglichen baldigen Souveränität des westdeutschen Staates. Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 wurden der Bundesrepublik u. a. Handels- und konsularische Beziehungen sowie der Eintritt in internationale Organisationen erlaubt. Noch wichtiger für die Bundesrepublik war jedoch die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Koh-

² Geppert, Ära Adenauer, S. 37-38.

³ Geppert, Ära Adenauer, S. 37.

⁴ Der Marshall-Plan (benannt nach US-Außenminister George Marshall) bezeichnet das European Recovery Program, das den vom Krieg wirtschaftlich arg gebeutelten Ländern Europas Wiederaufbauhilfe anbot.

⁵ Görtemaker, Geschichte, S. 280.

le und Stahl (EGKS), da sie Gründungsmitglied war.⁶ Dies bedeutete „ein Stück Gleichberechtigung und Souveränität.“⁷

Im Jahr 1952 ergibt sich aus Moskau die Chance zur Wiedervereinigung. In der so genannten „Stalin-Note“ schlägt der sowjetische Diktator den Westmächten ein unabhängiges, vereinigtes Deutschland vor. Stalins Vorschlag wird jedoch sowohl von den Westmächten als auch von Adenauer abgelehnt, was ihm den Unmut einiger Teile des Volkes und der SPD beschert. Der Kanzler beharrt jedoch auf seiner Politik der Westbindung, die für ihn höhere Priorität hat als die Einheit.

Der Schritt in die weitgehende Souveränität der Bundesrepublik fand mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge und des Deutschlandvertrages statt. Nachdem vor dem Hintergrund des Korea-Krieges von den USA und anderer europäischer Staaten ein Verteidigungsbeitrag Deutschlands eingefordert wurde, schlug Frankreich ein als Pleven-Plan (benannt nach dem französischen Ministerpräsidenten René Pleven) bekannt gewordenes Konzept einer europäischen Armee unter Beteiligung der Bundesrepublik vor.⁸ Dieses Konzept der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) musste jedoch von allen Parlamenten der EGKS-Staaten ratifiziert werden und scheiterte schließlich am Veto des französischen Parlaments vom 14. August 1954. Nach Verhandlungen mit den EGKS-Staaten wurde der Vertrag zur EVG soweit zu Gunsten der Bundesrepublik modifiziert, dass er den französischen Parlamentariern zu weit vom ursprünglichen Pleven-Plan abwich und diese befürchteten, dass ein wiedererstarktes Deutschland „in Verbindung mit einer neuen Armee leicht wieder zu einer Gefahr für Frankreich werden könnte.“⁹

Da die Ratifizierung des Deutschlandvertrages, der die Bundesrepublik durch den Verzicht der Alliierten auf die so genannte Hohe Kommission weitgehend souverän werden lassen sollte, an die Zustimmung der EGKS-Staaten zur EVG gekoppelt war, trat dieser auch vorerst nicht in Kraft. Obwohl der Korea-Krieg bereits 1953 beendet wurde, blieb die Frage nach westdeutscher Militärbeteiligung aktuell. So kam es bei der Londoner Konferenz am 28. September 1954 zu Verhandlungen über einen Beitritt der Bundesrepublik zur NATO¹⁰. Diese Variante eines deutschen Verteidigungsbeitrags wurde von den USA und Großbritannien bereits 1952 favorisiert, scheiterte jedoch an der französischen Zustimmung. Diese war auch diesmal nicht gesichert, und erst, als „Adenauer sich bereit fand, ... auf die Herstellung von ABC-Waffen ... und die Produktion einiger schwerer Waffenkategorien ... zu

⁶ Görtemaker geht genauer auf die Entstehung der EGKS ein, Geschichte, S. 289-94.

⁷ Görtemaker, Geschichte, S. 294.

⁸ Geppert schildert den genauen Hergang der Verhandlungen um die EVG, Ära Adenauer, S. 46-48.

⁹ Görtemaker, Geschichte, S. 321.

¹⁰ Verteidigungsbündnis westlicher Staaten unter Führung der USA (Organisation des Nordatlantik-Vertrags)

verzichten“, stimmte der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France einem Beitritt Deutschlands zur NATO zu.¹¹ Vom 19.-23. Oktober 1954 fanden in Paris die Abschlussverhandlungen statt, an deren Ende die Pariser Verträge stehen. Diese traten am 5. Mai 1955 ebenso wie der nun leicht veränderte Deutschlandvertrag in Kraft. Demnach war es der Bundesrepublik nun wieder erlaubt, Streitkräfte zu unterhalten.

Durch die Unterzeichnung der Pariser Verträge und des Deutschlandvertrags hatte Adenauer sein Primärziel erreicht. Gleichzeitig wurde hieraus jedoch die Zementierung der deutschen Teilung. Am 14. Mai 1955 wurde als Gegenorganisation zur NATO der Warschauer Pakt gegründet, der die kommunistischen Staaten Osteuropas unter der Führung der Sowjetunion näher zusammenschließt, so auch die DDR. Im Gegensatz zur NATO dient der Warschauer Pakt jedoch in erster Linie dazu, die Vormachtstellung der Sowjetunion im Ostblock zu festigen und ihr direkten Einfluss auf die Politik in den Satellitenstaaten zu gewähren. Eine weitere Vertiefung der deutschen Teilung ergab sich durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR. Diese waren der Preis für die Heimreise von 10.000 Kriegsgefangenen aus der UdSSR nach Westdeutschland. Um jedoch den völkerrechtlichen Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik (mit Ausnahme gegenüber der Sowjetunion) aufrechtzuerhalten, entwarf das Auswärtige Amt die „Hallstein-Doktrin“, eine Verteidigungsstrategie, deren Grundgedanke es war, „einen internationalen Anerkennungsboykott und somit eine Ächtung der DDR zu erreichen, indem jedem Staat, der diplomatische Beziehungen zum SED-Regime unterhielt, der Abbruch der Verbindungen mit Bonn gedroht wurde.“¹²

Die Westbindung der Bundesrepublik und die absolute Integration der DDR in den Ostblock sind hiermit abgeschlossen. Aufgrund des Wirtschaftsaufschwungs flohen viele Menschen aus der DDR in den Westen, da sie sich dort ein besseres Leben erhofften. Die Staatsführung der DDR verriegelte daraufhin ihre Grenzen und schloss am 13. August 1961 auch noch das letzte „Schlupfloch“, West-Berlin, durch die Berliner Mauer. Hierdurch rückte die deutsche Wiedervereinigung in immer weitere Ferne. SPD-Politiker Egon Bahr, von Berlins regierendem Bürgermeister Willy Brandt 1960 zum Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin ernannt, zeigte in seinem Konzept „Wandel durch Annäherung“ im Jahr 1963 eine Alternative zur Adenauer'schen „Politik der Stärke“ auf. Bahrs Konzept soll ab hier in den Fokus dieser Arbeit rücken.

¹¹ Görtemaker, Geschichte, S. 324.

¹² Geppert, Ära Adenauer, S. 59

3. Wandel durch Annäherung – Egon Bahrs Konzept zu einer „Neuen Ostpolitik“

Nachdem das SED-Regime am 13. August 1961 die Grenzen zu West-Berlin abgesperrt hatte, ergab sich für die bundesdeutsche Politik eine neue Situation. Nach der in Teil 2 dargelegten „Politik der Stärke“ unter Konrad Adenauer, die keine Annäherung an das östliche Deutschland zuließ und die Integration in den Westen weit über die Frage nach der Wiedervereinigung stellte, entwickelte der Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Egon Bahr, im Jahr 1963 eine Alternative zur bisherigen Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Da Adenauer seinen Rücktritt als Bundeskanzler für den Herbst 1963 bereits angekündigt hatte, lag auch die Vermutung nah, dass unter einem neuen Kanzler diese Alternative zumindest diskutiert würde, obwohl sie aus der Opposition kam. Bahr war der Auffassung, dass „wenigstens eine methodisch neue Perspektive diskutiert werden sollte.“¹³

Seine Ausführungen entsprangen *dem Zweifel, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung das absolut negative Ergebnis der Wiedervereinigungspolitik ändern können, und der Überzeugung, dass es an der Zeit ist und dass es unsere Pflicht ist, sie möglichst unvoreingenommen zu durchdenken.*¹⁴

Bahr beginnt seine Perspektive mit der Rolle der Sowjetunion, da diese *auch heute noch ihre harte Hand auf deutschem Glacis hält.*¹⁵ Das bedeutet, dass man ohne die Zustimmung des Kremls kein vereintes Deutschland schaffen kann. Er belegt dies durch einen Hinweis auf die sowjetische Militärpräsenz in der DDR.¹⁶ Bahr ist deshalb der Auffassung, der Kommunismus sei nicht durch die *bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks* zum Einsturz zu bringen, da diese *nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt hat*, sondern durch Entspannungspolitik zu reformieren.¹⁷ *Die Änderung des Ost-West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert wird.*¹⁸ Es sei daher erstrebenswert, *sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen.*¹⁹ Bahr reflektiert im Folgenden diese Konzeption auf Deutschland und erörtert Folgerungen, die sich seiner Meinung nach mit dieser Abwendung von der Politik der Konfrontation erge-

¹³ Bahr, Sicherheit, S. 11.

¹⁴ Bahr, Sicherheit, S. 11, Z. 4-8.

¹⁵ Bahr, Sicherheit, S. 11, Z. 14-15.

¹⁶ Bahr, Sicherheit, S. 12, Z. 9-10, ...*sollte sich die Anwesenheit von 20 oder 22 gut gerüsteten sowjetischen Divisionen vergegenwärtigen.*

¹⁷ Bahr, Sicherheit, S. 12, Z. 23-24.

¹⁸ Bahr, Sicherheit, S. 12, Z. 19-22.

¹⁹ Bahr, Sicherheit, S. 12, Z. 26-28

ben. Seine Haupteigentum ist, *dass die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet*, da diese *nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos* ist.²⁰ Der Weg zur Wiedervereinigung ist somit ein schwieriger und langwieriger, da *die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluss an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozess mit vielen Schritten und Stationen*.²¹ Weiter stellt er die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion heraus. *Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan*.²² Ferner nennt Bahr die besondere Stellung der DDR, die er vor allem an der Person Walter Ulbricht festmacht, da dieser *der letzte Stalinist* ist unter den Regimeführern im Ostblock.²³ Durch diese Tatsache *ist die Zone in der politischen Entwicklung zurückgebliebener als Polen, Ungarn und die Sowjetunion*.²⁴ Ulbricht stand somit noch für die alte Politik der Konfrontation und Bahr merkt an, dass *gerade weil es sich um den Teil eines gespaltenen Volkes handelt, schlagen, anders als etwa in Polen oder in der Sowjetunion soziale und wirtschaftliche Forderungen sofort um in politische und nationale*.²⁵ Dies begründet er mit den Ereignissen des 16. Juni 1953 in Berlin, als *die Forderungen nach geringeren Normen ... die Forderung nach freien Wahlen wurden*.²⁶ Nachdem der Arbeiteraufstand erst von sowjetischen Panzern gestoppt wurde, war Ulbrichts Stellung stärker gefestigt als vorher.

Da nach Bahrs Auffassung *die Zone dem sowjetischen Einflussbereich nicht entrissen werden kann*, ist *jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos*.²⁷ Daraus folgert er, dass Veränderungen in der DDR nur von der SED selbst ausgehen müssen. Bahr sieht darin kein unlösbares Problem, da die Bundesrepublik mit der DDR schließlich auch den Interzonenhandel betreibe.²⁸ Unter dem Aspekt der Stärkung Ulbrichts (wie schon 1953 geschehen) erteilt er auch der These, dass durch den Stopp aller wirtschaftlichen Beziehungen das Regime zusammenbrechen könnte, eine Absage. Ebenso wenig stelle die *selbstverständliche und von niemandem in Frage gestellte Weigerung, die Zone als einen rechtmäßigen Staat anzuerkennen*, ein Problem dar.²⁹ Bahr führt nun einige Beispiele an,

²⁰ Bahr, Sicherheit, S. 12, Z. 36 – S. 13, Z. 2.

²¹ Bahr, Sicherheit, S. 13, Z. 3-6.

²² Bahr, Sicherheit, S. 13, Z. 10-13.

²³ Bahr, Sicherheit, S. 13, Z. 18.

²⁴ Bahr, Sicherheit, S. 13, Z. 15-17.

²⁵ Bahr, Sicherheit, S. 13, Z. 21-24.

²⁶ Bahr, Sicherheit, S. 13, Z. 27-29.

²⁷ Bahr, Sicherheit, S. 13, Z. 33-36.

²⁸ Bahr, Sicherheit, S. 13, Z. 37- S. 14, Z. 4.

²⁹ Bahr, Sicherheit, S. 14, Z. 28-30.

die ebenso die völkerrechtliche Nichtanerkennung der DDR in Frage stellen k ö n n t e n, dies in der gängigen Überzeugung aller jedoch nicht tun. Genauso wenig die Annäherung bzw. eine Politik der Entspannung den Eindruck erwecken, die Bundesrepublik erkenne die DDR völkerrechtlich an.

Zum Ende seiner Ausführungen kommt Bahr zu seinen Ergebnissen. Erstens würde eine Behörde, *die sich mit allen Fragen, die zwischen den beiden Teilen Deutschlands von praktischem Interesse sind* beschäftigt, keine große Veränderung zur bisherigen Treuhandstelle bedeuten, da *die Treuhandstelle für den Interzonenhandel ja auch schon bisher nicht ausschließlich Handelsfragen besprochen hat.*³⁰ Zweitens ist die Verstärkung der Handelsbeziehungen zu den Ostblockstaaten von großer Bedeutung und vor allem im Interesse Deutschlands. Ziel dieser Politik ist es nicht, *die Zone zu erpressen, denn kein kommunistisches Regime, und schon gar nicht das so gefährdete in der Zone, kann sich durch Wirtschaftsbeziehungen in seinem Charakter ändern lassen.*³¹ Der Sinn dieser Strategie liegt vielmehr darin begründet, dem Lebensstandard der Menschen in den Ostblockstaaten und vor allem in der DDR eine höhere Qualität zu geben. Daraus wiederum würden sich *Erleichterungen mannigfacher Art für die Menschen und durch verstärkte Handelsbeziehungen verstärkte Bindungen ergeben können.*³² Wichtigstes Resultat ist für Bahr jedoch, *dass die Unzufriedenheit unserer Landsleute etwas nachlässt.*³³ Was für andere eine Sorge sein könnte, hält Bahr für wünschenswert, *denn das ist eine weitere Voraussetzung dafür, dass in dem Prozess zur Wiedervereinigung ein Element wegfallen würde, das zu unkontrollierbaren Entwicklungen führen könnte und damit zwangsläufig zu Rückschlägen führen müsste.*³⁴

Zusammenfassend bezeichnet Bahr sein Konzept also als „Wandel durch Annäherung“, das die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten auflockern soll und den Lebensstandard der Menschen in der DDR verbessert und somit eine Abkehr von der Hallstein-Doktrin vorsieht. Ziel ist eine Wiedervereinigung Deutschlands durch eine *Strategie des Friedens*, alternativlos, *denn ansonsten müsste man auf Wunder warten und das ist keine Politik.*³⁵

³⁰ Bahr, Sicherheit, S. 16, Z. 1-3.

³¹ Bahr, Sicherheit, S. 16, Z. 18-21.

³² Bahr, Sicherheit, S. 16, Z. 39 – S. 17, Z. 2.

³³ Bahr, Sicherheit, S. 17, Z. 4-5.

³⁴ Bahr, Sicherheit, S. 17, Z. 5-9.

³⁵ Bahr, Sicherheit, S. 17, Z. 33-34.

4. Deutschlandpolitik von 1963 bis 1969

4.1. Deutschlandpolitik der Regierung Erhard 1963 bis 1966

Nachdem der Ost-West-Konflikt mit der Kuba-Krise 1962 (die Sowjetunion stationierte seinerzeit Mittelstreckenraketen auf Kuba, die ohne weiteres US-amerikanische Großstädte hätten erreichen können) seinen kritischsten Punkt erreicht hatte, sollte sich der Konflikt zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion in der Folgezeit entspannen. Beide Supermächte sahen ihre jeweilige Politik als gescheitert an und die USA gaben unter der Kennedy-Administration Entspannung und Friedenssicherung als neues Ziel ihrer Außenpolitik an.³⁶

Dies brachte auch eine Umorientierung in der deutschen Ostpolitik mit sich, und zwar eine Abkehr von Adenauer'scher Konfrontationspolitik hin zur Entspannung. Somit war die bisherige Auffassung, „dass Entspannung in Europa nur durch Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands erreichbar sei, war nun geradezu umgekehrt worden: Entspannung in Europa wurde zur Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation in Europa.“³⁷ Dies bedeutete gleichzeitig die sehr vorsichtige Hinwendung zu dem von Bahr aufgezeigten Weg zu einer neuen Ostpolitik. Dass die Regierung unter dem neuen Kanzler Ludwig Erhard auch in vorsichtiger Weise bereit war, dieses Konzept zumindest teilweise mitzutragen, zeigt die erste Regierungserklärung des ehemaligen Wirtschaftsministers: *Die Bundesregierung wird der weiteren Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten ihre volle Aufmerksamkeit widmen. Ferner war sie bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Wirtschaftsaustausch mit diesen Ländern zu erweitern.*³⁸ Bereits gegen Ende der Regierung Adenauer hatte Außenminister Gerhard Schröder einen Handelsvertrag mit Polen aushandeln können. Dass die Außenpolitik der Regierung Adenauer in ihrer Schlussphase dennoch nicht mit dem Konzept Bahrs harmonisiert, merkt Peter Borowsky treffend an: „Da diese (die Handelsmission in Warschau) nicht den Status einer diplomatischen Vertretung haben würde, war die Hallstein-Doktrin nicht durchbrochen worden.“³⁹ Zwar gelangen einzelne kleine Schritte zu einer besseren Verständigung wie zum Beispiel das Passierscheinabkommen, das den Besuch West-

³⁶ Borowsky, Deutschland, S. 245.

³⁷ Borowsky, Deutschland, S. 245.

³⁸ Regierungserklärung von Ludwig Erhard am 18.10.1963, zit. nach Borowsky, Deutschland, S. 246-47.

³⁹ Borowsky, Deutschland, S. 247.

Berliner ihrer Verwandten in Ost-Berlin ermöglichte, jedoch hatte dieses nur eine Gültigkeit über gut zwei Wochen, und zwar um Weihnachten und den Jahreswechsel 1963/64.

Jedoch beschränkte sich die Regierung Erhard darauf, sich den Staaten des Ostblocks anzunähern und die Beziehungen leicht zu intensivieren, ließ die DDR in seinen Überlegungen aus. Vielmehr erklärte Erhard, in Osteuropa „nichts unversucht lassen, um den Völkern dieser Länder immer wieder vor Augen zu führen, dass nur die ungelöste Deutschlandfrage einer endgültigen Aussöhnung im Wege steht und darum eine baldige Regelung dieses Problems auch in ihrem eigenen Interesse liegen würde.“⁴⁰ Somit galten weiterhin die Hallstein-Doktrin und die Haltung, dass die Wiedervereinigung zur Grundlage und Bedingung politischer Entspannung.

Die aufgezeigten, durchgeführten kleinen Schritte können also keineswegs als Umsetzung des Bahr'schen Konzeptes bewertet werden. Vielmehr waren die kleinen Unternehmungen zur Intensivierung der Beziehungen mit den Staaten Osteuropas geprägt von der allgemeinen Entspannungsphase der Supermächte. Eine Deutschlandpolitik im Sinne Bahrs fand nicht statt.

4.2. Deutschlandpolitik der Großen Koalition von 1966 bis 1969

Im Gegensatz zur Regierung Erhardt wurden in der Großen Koalition weiter reichende Vorstöße in Richtung „neue Ostpolitik“ nach der Idee Egon Bahrs gewagt. In der ersten Regierungserklärung Kurt-Georg Kiesingers, der die Nachfolge Erhards angetreten hatte, vom 13. Dezember 1966 „zeigte sich die Bundesregierung entschlossen, mit allen Völkern Beziehungen zu unterhalten, die auf Verständigung, auf gegenseitiges Vertrauen und auf den Willen der Zusammenarbeit gegründet sind.“ Die Staaten Osteuropas gehörten ausdrücklich dazu.⁴¹ Da fortan nun auch Sozialdemokraten der Regierung angehörten, allen voran Willy Brandt als Außenminister, war die Hoffnung der SPD auf außen- und deutschlandpolitische Vorstöße nach der Strategie Bahrs also nicht unbegründet. Der erste Schritt zur Abkehr von der Hallstein-Doktrin war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien im Januar 1967. Mehr als ein erster Schritt war es jedoch nicht, da die Bundesregierung die öffentliche Abkehr von der Hallstein-Doktrin mit der „Geburtsfehlertheorie“ zu umschiffen versuchte, die besagte, dass Bukarest dem Druck der Sowjetunion nachgeben musste und keine andere Wahl hatte, als die DDR anzuerkennen.⁴² Die SED konterte

⁴⁰ Zit. nach Görtemaker, Geschichte, S. 535.

⁴¹ Zit. nach Schöllgen, Außenpolitik, S. 87.

⁴² Schöllgen, Außenpolitik, S. 88.

ihrerseits, indem sie die Hallstein-Doktrin für sich geltend machte und somit die Mitglieder des Warschauer Paktes dazu aufforderte, „ihre Beziehungen zur Bundesrepublik so lange nicht normalisieren zu dürfen, bis die DDR ihrerseits diesen Schritt getan hatte.“⁴³ Ein Jahr später wurden seitens der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien, die bereits bis 1957 bestanden, wieder aufgenommen. Dies war in sofern von größerer Bedeutung für die deutsche Außenpolitik, da Jugoslawien nicht dem Warschauer Pakt angehörte und somit nicht mit der so genannten „Geburtsfehlertheorie“ gerechtfertigt werden konnte. Die weitere Entwicklung in Richtung „neue Ostpolitik“ indes erlebte einen Dämpfer, nachdem Kambodscha im Mai 1969 „als erstes nichtkommunistisches Land die DDR diplomatisch anerkannte.“⁴⁴ Die Bundesregierung zog den deutschen Botschafter aus Kambodscha ab und handelte damit nach der Hallstein-Doktrin, die sie mit der Aufnahme der Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien bereits missachtet hatte. Trotz dieser Maßnahme konnten weder die DDR noch die Bundesrepublik „ignorieren, dass die Verhinderungstaktik zum Scheitern verurteilt war.“ Der Abbruch diplomatischer Beziehungen konnte auf Dauer andere dritte Staaten davon abhalten, das jeweils andere Deutschland anzuerkennen.⁴⁵

Im Bezug auf Bahrs Konzept mögen diese Ereignisse zwar die Forderung nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Staaten des Ostblocks und somit der Abkehr von der Hallstein-Doktrin (mit Ausnahme Kambodschas) befriedigen, das Hauptaugenmerk des „Wandels durch Annäherung“ in keiner Weise. Zwar fand 1967 der erste Briefwechsel zwischen Bonn und Ost-Berlin auf Regierungsebene statt, dieser endete jedoch ergebnislos, da Kiesinger in seinem Brief an den Vorsitzenden des DDR-Ministerrates, Willy Stoph, auf seinem Standpunkt beharrte und somit offenbarte, dass „auf dieser Basis“ an „eine Annäherung der beiden Standpunkte nicht zu denken“ war.⁴⁶ Im Gegenteil: Durch die Einführung der Pass- und Visumpflicht für den Verkehr zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik im Juni 1968 verhärteten sich die Fronten noch ein wenig.

Mitentscheidend für Außenminister Brandt, der sich bei der Bundestagswahl 1969 als Kandidat der SPD anschicken wollte, Bundeskanzler zu werden, nicht mehr auf die CDU/CSU als Regierungspartner zu setzen, war die militärische Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei, die am 21. August 1968 dem Prager Frühling und der damit verbundenen Reform des Sozialismus ein blutiges Ende bereiteten. Die

⁴³ Schöllgen, Außenpolitik, S. 88.

⁴⁴ Schöllgen, Außenpolitik, S. 89.

⁴⁵ Schöllgen, Außenpolitik, S. 90.

⁴⁶ Schöllgen, Außenpolitik, S. 90. Anm.: Borowsky geht auf den Briefwechsel zwischen Stoph und Kiesinger detailliert ein, Deutschland, S. 344-346.

darauf folgende „Breschnew-Doktrin“, benannt nach Sowjet-Staatschef Leonid Breschnew, besagte, dass „die sozialistischen Staaten in ihrer Souveränität soweit beschränkt seien, als diese den ‚Interessen des internationalen Sozialismus‘ nicht widersprechen dürfe. Sollte der Sozialismus in einem Lande gefährdet sein, so wären die übrigen Mitglieder des sozialistischen Lagers zu ‚militärischer Hilfe für ein Bruderland‘ verpflichtet.“⁴⁷ Dadurch wurden die Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU deutlich aufgezeigt. Die Union hatte sich in der Mehrheit zwar zur Öffnung gegenüber den Ostblock-Staaten ausgesprochen, „für verbesserte Kontakte mit den osteuropäischen Staaten wollten sie“ jedoch „keineswegs Rechtsansprüche der Bundesrepublik, wie den Alleinvertretungsanspruch oder die Oder-Neiße-Grenze aufs Spiel setzen.“⁴⁸ Ferner sah die CDU/CSU die Ostpolitik der Großen Koalition als gescheitert an und sah „eine Rückkehr zu den außenpolitischen Prinzipien Konrad Adenauers“ als „notwendig“ an.⁴⁹ Da dies jedoch im Gegensatz zur Strategie der „neuen Ostpolitik“ stand, die Brandt mit der SPD auch weiterhin verfolgen wollte, kam für ihn nur die FDP als Koalitionspartner in Frage, mit der er auch 1969 die erste sozial-liberale Koalition auf Bundesebene bildete.

Bahrs Konzept fand also auch in der Zeit von 1966 bis 1969 keine eins-zu-eins Anwendung. Zwar wurden die Kontakte zu einigen Ostblock-Staaten intensiviert, jedoch blieb die DDR von diesen unberührt. Somit wurde auch in der Großen Koalition der sechziger Jahre die von Bahr angeregte Öffnung gegenüber dem zweiten deutschen Staat verweigert, trotz Beteiligung der SPD in der Regierung.

⁴⁷ Borowsky, Deutschland, S. 351-52.

⁴⁸ Borowsky, Deutschland, S. 352.

⁴⁹ Borowsky, Deutschland, S. 352.

5. Zusammenfassung

Die wichtigste Erkenntnis dieser Arbeit ist sicherlich, dass die Strategie vom „Wandel durch Annäherung“ in den Unionsgeführten Regierungen der sechziger Jahre noch keine Anwendung fand. Ist diese Erkenntnis für die Zeit der CDU/CSU-FDP-Koalition zwischen 1963 und 1966 unter Ludwig Erhard nicht wirklich verwunderlich, da die Strategie aus der Opposition entspringt, so ist die geringe Wertschätzung und Anwendung des Konzeptes während der Großen Koalition schon etwas bemerkenswert, vor allem, da sich in den wichtigen Schaltstellen Außenministerium und Ministerium für gesamtdeutsche Fragen mit Willy Brandt und Herbert Wehner, sozialdemokratische Minister befanden.

Ausschlaggebend für die oben angeführten Erkenntnisse ist sicherlich die Tatsache, dass Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger der CDU angehörte und die Union auch im Ganzen gesehen mehr Sitze im Bonner Bundestag inne hatte und somit immer noch die Richtung der Politik vorgab.

Dies änderte sich jedoch mit der sozial-liberalen Koalition mit Brandt als Kanzler und Außenminister Walter Scheel von der FDP an der Spitze, unter denen die „neue Ostpolitik“ dann nicht nur außen-, sondern auch deutschlandpolitisch ihre Umsetzung fand. Im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 kommt der Öffnung nach Osten eine tragende Rolle zu, da sie dazu beitrug, die verhärteten Fronten aufzulockern.

Auch bin ich mit der Ergiebigkeit der Fragestellung zufrieden. Die teilweise undurchsichtige Deutschlandpolitik in den sechziger Jahren tat doch manche Entscheidung auf, die nicht immer ganz einleuchtend waren. Ich denke da z. B. an die Abberufung des westdeutschen Botschafters aus Kambodscha im Sinne der Hallstein-Doktrin, obwohl diese von der Großen Koalition in den Fällen Rumänien und Jugoslawien bereits ad acta gelegt worden zu sein schien.

Literaturverzeichnis

Bahr, Egon: **Sicherheit** für und vor Deutschland. Vom Wandel durch Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München 1991.

Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, München 1984.

Borowsky, Peter: **Deutschland** 1945 bis 1969, Hannover 1993.

Geppert, Dominik: Die **Ära Adenauer**, Darmstadt 2002.

Görtemaker, Manfred: **Geschichte** der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.

Grewe, Wilhelm: Die deutsche Frage in der Ost-West-Spannung. Zeitgeschichtliche Kontroversen der achtziger Jahre, Herford 1986.

Schöllgen, Gregor: Die **Außenpolitik** der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2001.

Siebenmorgen, Peter: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990.

Versicherung

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst, ganz oder in Teilen noch nicht als Prüfungsleistung vorgelegt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Sämtliche Stellen der Arbeit, die benutzten Werken im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, habe ich durch Quellenangaben kenntlich gemacht. Dies gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen und dergleichen sowie für Quellen aus dem Internet.

Marburg, den 21. April 2006

Matthäus Gerling